Inhaltsübersicht

Vorbemerkungen 1

Teil 1: Zur Einführung von § 1631d BGB 21

Teil 2: Tatbestandsvoraussetzungen des Grundtatbestandes § 1631d Abs. 1 BGB 77

Teil 3: Die rituelle Beschneidung – Sondertatbestand (Abs. 2) 143

Teil 4: Rechtsfolgen 161

Teil 5: Stellungnahme zum Alternativentwurf aus der Mitte des Bundestages 177

Teil 6: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse 183

Gesamtbetrachtung, Ausblick und Konfliktfelder 203

Literatur 207

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/1226164706

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen ... 1

A. Beschneidungen in Deutschland ... 3

B. Historische Aspekte der Beschneidung ... 5

C. Die Entscheidung der 1. kleinen Strafkammer des Landgerichts Köln als Auslöser ... 13

D. Gegenstand und Gang der Untersuchung ... 19

Teil 1: Zur Einführung von § 1631d BGB ... 21

A. Ziel des Gesetzgebers ... 21

B. Formelle Verfassungsmäßigkeit ... 23

I. Gesetzgebungskompetenz ... 23

1. Erster Absatz der Norm ... 23

2. Zweiter Absatz der Norm ... 24

a. Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG ... 24

(1) Wortlaut ... 25

(2) Historische Interpretation ... 26

(3) Systematik ... 28

(4) Telos ... 28

(5) Auslegungs- und Anwendungspraxis ... 30

(a) Die Hebamme als Heilberuf ... 30

(b) Der Altenpfleger als Heilberuf ... 33

(c) Kosmetische und prophylaktische Eingriffe ... 34

b. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen ... 39

c. Fazit ... 41

II. Gesetzgebungsverlauf ... 43

C. Materielle Verfassungsmäßigkeit 47
I. Die Eltern 47
II. Das Kind 49
1. Betroffene Freiheitsrechte 49
2. Das Gleichheitsrecht aus Art. 3 GG 63
III. Die beschneidende Person 69
IV. Die verschiedenen Religionsgemeinschaften 70
V. Fazit 72
D. Verortung der Norm im Gesetz 73

Teil 2: Tatbestandsvoraussetzungen des Grundtatbestandes § 1631d Abs. 1 BGB 77
A. Die medizinisch nicht indizierte Beschneidung 77
I. Tatbestandlicher Umfang 77
II. Medizinische Aspekte einer Beschneidung 78
III. Folgen einer Beschneidung 81
B. Einsichts- und urteilsunfähiges männliches Kind 85
I. Das männliche Kind 85
II. Einsichts- und Urteils(un)fähigkeit 86
C. Die Einwilligung im Rahmen der Personensorge 91
I. Die Personensorge 91
1. Bedeutung und Umfang der Personensorge 91
2. Das Kindeswohl 92
a. Die Bedeutung des Kindeswohls 93
b. Der Zweck der Beschneidung 96
(1) Die Motive 97
(a) Religiöse Gründe 97
(b) Kulturelle Gründe 97
(c) Prophylaktische Gründe 98
(d) Soziale Gründe 98
(e) Ästhetische Gründe 99

(2) Rechtfertigungsgehalt der Motive ... 99
c. Gesamtbetrachtung ... 104
3. Beschneidung als Teil der Personensorge ... 107
a. Medizinische Indikation ... 107
b. Religiöse Motivation ... 109
c. Resümee ... 110
4. Prüfung der religiösen Motivation ... 111
5. Ergebnis/Zusammenfassung ... 111
II. Die Einwilligung ... 113
1. Die Notwendigkeit der Einwilligung durch Personensorgeberechtigte bei Willenserklärungen von Minderjährigen im Allgemeinen ... 113
2. Die rechtfertigende Einwilligung als Sonderfall ... 114
a. Vorfrage: Behandlungsvertrag bei Beschneidungen? ... 114
b. Einwilligung bei medizinischen Eingriffen ... 116
(1) Einwilligungserfordernis ... 116
(2) Einwilligung bei Minderjährigen ... 117
(3) Aufklärung ... 120
(a) Aufklärungserfordernis und notwendiger Inhalt der Aufklärung ... 120
(b) Adressat der Aufklärung ... 123
(c) Entbehrlichkeit der Aufklärung ... 124
c. Die Rechtsnatur der rechtfertigenden Einwilligung ... 128
d. Abgrenzung zur Willenserklärung zum Abschluss des Behandlungsvertrages ... 135
e. Das Verhältnis zur Einwilligung im Strafrecht ... 137
D. „Lege artis" – Die Regeln der ärztlichen Kunst ... 139

Teil 3: Die rituelle Beschneidung – Sondertatbestand (Abs. 2) ... 143
A. Intention und Rahmenbedingungen ... 143
B. Tatbestand ... 145
I. Religionsgesellschaften ... 145
II. Qualifikationshöhe des Beschneidenden ... 147
III. Zeitrahmen ... 152

C. Das Verhältnis zum Grundtatbestand 155

D. Zusammenfassung 159

Teil 4: Rechtsfolgen 161

A. Allgemeines 161

B. Besondere Konstellationen 163

I. Die Unwirksamkeit der rechtfertigenden Einwilligung 163

II. Auswahlverschulden der Personensorgeberechtigten 167

III. Verstoß gegen die Regeln der ärztlichen Kunst 168

IV. Kindeswohlgefährdung 171

V. Auswirkungen auf den Behandlungsvertrag 172

VI. Berufsrechtliche Folgen 174

VII. Sonstiges bewusstes Umgehen der Anforderungen des § 1631d BGB 175

Teil 5: Stellungnahme zum Alternativentwurf aus der Mitte des Bundestages 177

Teil 6: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse 183

A. Die formelle Verfassungsmäßigkeit des § 1631d BGB 183

B. Die materielle Verfassungsmäßigkeit des § 1631d BGB 185

I. Die Eltern 185

II. Das Kind 185

III. Die beschneidende Person 187

IV. Die verschiedenen Religionsgemeinschaften 187

C. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 1631d Abs. 1 BGB 189

I. Die medizinisch nicht indizierte Beschneidung 189

II. Das einsichts- und urteilsunfähige männliche Kind 190

III. Das Kindeswohl 190

IV. Die Einwilligung 191
V. „lege artis“ 194
D. Der Sondertatbestand § 1631d Abs. 2 BGB 197
E. Rechtsfolgen 199
F. Der Alternativentwurf 201

Gesamtbetrachtung, Ausblick und Konfliktfelder 203

Literatur 207